

Gute Arbeit für alle – Illusion oder Programm?

Beat Ringger

Weil die Arbeitsproduktivität steigt, wird die Arbeitszeit kontinuierlich gesenkt. Die Vier-Tage-Woche, acht Wochen Ferien und ein zählbarer Elternurlaub sind verwirklicht. Arbeiten wird immer interessanter, weil monotone Tätigkeiten rationalisiert werden. Allgemein- und Berufsbildung sind so ausgebaut, dass allen der Anschluss an die beruflichen Entwicklungen ermöglicht wird. Frauen und Männer übernehmen gleiche Anteile an Kindererziehung und Haushaltsführung. Die Menschen haben zunehmend Zeit und Energie für persönliches Engagement in Vereinen, Quartieren, Kultur, Politik.

Warum nur ist dies alles nicht wahr?

Im neoliberalen Kapitalismus sind Produktivitätsgewinne nicht nur ein Segen; sie werden auch zu einem Fluch. Profitstreben, Deregulierungen und Konkurrenzdruck verhindern, dass alle Menschen an den Produktivitätsgewinnen teilhaben. Statt dessen stehen die einen an ihren Arbeitsplätzen unter wachsendem Stress, während andere gar keine Erwerbsarbeit mehr finden oder Jobs zu prekären, unwürdigen Bedingungen annehmen müssen.

Kämpferische Belegschaften und ein Teil der Gewerkschaftsbewegung und der Linken haben in den letzten 30 Jahren vieles verhindert, was auch noch in den Programmen der neoliberalen Rechten geschrieben steht. Dieser Widerstand hat jedoch nicht ausgereicht, um genügend hohe Arbeitszeitverkürzungen durchzusetzen, griffige Beschäftigungsmassnahmen zu erwirken und im Service public ausreichend neue Jobs zu schaffen. In praktisch allen Ländern haben sich deshalb hohe Erwerbslosenraten festgefressen und erscheinen breiten Bevölkerungsteilen mittlerweile als normal.

Die Rechte will diese Situation nützen, um den Druck auf Arbeitende und auf Erwerbslose weiter zu verschärfen und Erwerbslose zu prekärer, schlecht bezahlter Arbeit zu zwingen. Hartz IV in Deutschland oder die Verschärfung der SKOS-Richtlinien und der Zugangsbedingungen zur IV-Rente in der Schweiz zielen in diese Richtung.

Viele Befürworter dieser sogenannten „aktivierenden Sozialpolitik“ (Workfare) beteuern, ihre Konzepte seien im Interesse der Betroffenen und würden gleichzeitig einen Eckwert des Gesellschaftsvertrages einzufordern, wonach nur diejenigen essen sollen, die auch zu arbeiten bereit sind. In der Praxis allerdings wird die Position der Betroffenen vielfach beträchtlich geschwächt. Statt dass sie sich beruflich angemessen qualifizieren können, werden sie in einem Teufelskreis von prekären Jobs und Erwerbslosigkeit festgenagelt. Die Perspektivlosigkeit einer solchen Biographie verschärft auch den Druck auf viele noch Beschäftigte, in ihrem Arbeitsfeld zu allem Ja und Amen zu sagen, nur um den Job behalten zu können.

„So kommt es, daß (...) die Maschinerie, das gewaltigste Mittel zur Verkürzung der Arbeitszeit, umschlägt in das unfehlbarste Mittel, alle Lebenszeit des Arbeiters und seiner Familie in disponible Arbeitszeit für die Verwertung des Kapitals zu verwandeln; so kommt es, daß die Überarbeitung der einen die Voraussetzung wird für die Beschäftigungslosigkeit der andern und daß die große Industrie, die den ganzen Erdkreis nach neuen Konsumenten abjagt, zu Hause die Konsumtion der Massen auf ein Hungerminimum beschränkt und sich damit den eignen innern Markt untergräbt.“¹

Diese düstere Diagnose stammt von Friedrich Engels aus dem Jahre 1882. Ist sie heute noch gültig? Befinden wir uns in Bälde wieder da, wo der Kapitalismus gestartet ist?

Ja und Nein. Nein: Die materiellen Spielräume sind heute bedeutend grösser als vor 125 Jahren, und Elemente einer nachfragestützenden Wirtschaftspolitik sind längst zum gängigen Repertoire auch bürgerlicher Regierungen geworden. Doch die Spielräume werden nur dann im Interesse der Lohnabhängigen genutzt, wenn dies von

¹ Friedrich Engels, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft

Belegschaften und Gewerkschaften auch erstritten wird. Ein gutes Beispiel dafür ist die Durchsetzung des Rentenalters 60 durch die BauarbeiterInnen und die Unia in der Schweiz.

Zwar wirkt die globale Konkurrenz der Standorte als beschränkender und disziplinierender Rahmen; diese Wirkung wird jedoch zumindest für die grösseren Volkswirtschaften wie Frankreich oder Deutschland massiv überschätzt oder bewusst übertrieben. Heiner Flassbeck und Friederike Spiecker zeigen in ihrem Beitrag (Die deutsche Lohnpolitik sprengt die Europäische Währungsunion) in diesem Jahrbuch auf, dass es rasch zu einer destruktiven Logik kommt, wenn in einer Volkswirtschaft wie der deutschen die steigende Produktivität nicht an die Beschäftigten weiter gegeben wird. Neu ist, dass dies wegen des Euro-Währungsraumes auch schneller auf die andern Euro-Länder durchschlägt. Engels führt dazu im obigen Zitat das entscheidende Argument an, dass sich nämlich die „große Industrie“ durch ihre Angriffe auf die Löhne und die Arbeitszeiten „den eignen innern Markt untergräbt“.

Trotz enorm gewachsener materieller Spielräume charakterisieren Engels Worte immer noch zutreffend die Logik der kapitalistischen Wirtschaft. Die Folgen anhaltender Arbeitslosigkeit sind auch heutzutage noch massiv und auf Dauer unverträglich mit demokratischen Verhältnissen. Nur eine eigenständige, kraftvolle und international vernetzt agierende Linke kann dieser Logik Stand halten. Sie muss dabei auch bereit sein, über die Begrenzungen der kapitalistischen Marktwirtschaft hinaus zu denken und zu handeln.